

Der Faschismus als ein mögliches Ausnahmeregime der Bourgeoisie

Durch das Aufkommen von neofaschistischen Bewegungen in vielen wichtigen kapitalistischen Staaten über die vergangenen Jahrzehnte und auch angesichts der zunehmenden anti-demokratischen, repressiven Reformen der institutionellen Grundlagen der Staaten und der überstaatlichen Institutionen, der starken Zunahme militaristischer Tendenzen in der internationalen Politik wurde die Debatte um den politischen Charakter der bürgerlichen Herrschaft und über die Natur des Faschismus erneut belebt. Wir bringen im Folgenden einen Beitrag, der auf einer allgemeinen Ebene, im Sinne einer materialistischen Analyse, den Faschismus als bürgerliches Ausnahmeregime einordnet, und die Bedingungen seiner Machtergreifung polit-ökonomisch umreißt.

Alain Bihr. Der Kapitalismus befindet sich noch immer in der strukturellen Krise, in die er Mitte der 1970er Jahre eingetreten ist. Dies ist mittlerweile die längste Krise seiner Geschichte. Die systematische Durchsetzung der neoliberalen Politik in der Mehrheit der Staaten und in den übernationalen Zusammenschlüssen (IWF, WTO, Weltbank, Europäische Union, usw.) hat sicherlich dazu beigetragen, ab den 1980er Jahren die Rendite des Kapitals deutlich zu erhöhen, zumindest für die global tätigen grossen Gruppen des Industrie- und Finanzkapitals. Dies gelang ihnen aber nur, indem sich ein finanzdominiertes Akkumulationsregime herausbildete, mit einer grundsätzlich instabilen, schwachen Regulation. Der Akkumulationsprozess stösst dabei immer wieder an die Grenze der Schwäche der Endnachfrage – in letzter Instanz an das ungenügende Wachstum, der Stagnation, ja des Rückgangs der Reallöhne.

Aus diesem Grunde kommt es periodisch zu einem Aufflammen von Spekulationswellen (einem Aufblähen des fiktiven Kapitals im Gefolge eines Wachstumsschubes des realen Kapitals) und der Bildung von Spekulationsblasen, die in lauten Explosionen auseinanderbersten – die sogenannte Subprime Krise (2007 – 2009) war nur die jüngste Episode in diesem Prozess. Jedes Mal wird dabei das so gescheiterte Finanzkapital auf Kosten der öffentlichen Finanzen gerettet (die infolgedessen in eine immer schwierigere Lage geraten); dies führt zu neuen Wellen von Entlassungen, Lohnkürzungen, Sozialabbau, Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Auswirkungen der Austeritätspolitik kombinieren sich mit den Auswirkungen der Angriffe auf die Lohnarbeit, was die chronische Krise verschärft, die der Schwäche der Endnachfrage geschuldet ist. Dieser Teufelskreis sorgt somit für weitere Krisen und gibt für das Kapital weiteren Anlass, den Druck auf die Lohnabhängigen und die breite Bevölkerung noch mehr zu erhöhen und deren Widerstand noch konsequenter zu unterdrücken.¹

Von daher ist es nicht abwegig, die Frage nach dem kurz- oder mittelfristigen Aufkommen von staatlichen Ausnahmeregimes in Europa zu stellen. Wir verstehen darunter kapitalistische Regimeformen, die unter der Beibehaltung der für die Reproduktion des Kapitals notwendigen juristischen Struktur (insbesondere die Garantie des Privateigentums, die Zwänge zur Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen zwischen Vertragspartnern auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, die Konfliktregelung zwischen Rechtssubjekten, die Ahndung von Rechtsbrüchen) die die Elemente zur Garantie der öffentlichen Freiheit (Informations- und Meinungsäusserungsfreiheit, Bewegungs- und Versammlungsfreiheit, Organisations- und Demonstrationsfreiheit, usw.) und die Formen der repräsentativen Demokratie, kurzum alle rechtlichen und institutionalisierten Formen des demokratischen bürgerlichen Rechtsstaates, drastisch einschränken oder abschaffen.

Obwohl uns mittlerweile sieben Jahrzehnte vom Fall der faschistischen Regimes in Europa trennen, die die europäische Geschichte in der ersten Hälfte des XX. Jahrhunderts geprägt haben, dienen sie

¹ M. Husson, « Le partage de la valeur ajoutée en Europe », Paris, *Revue de l'IREs*, n° 64, pages 47-91, consultable en ligne : <http://hussonet.free.fr/psalirsw.pdf> ; « Europe. Le tout-compétitivité contre les salaires » publié sur le site Alencontre <http://www.alencontre.org/> le 24 décembre 2014.

weiterhin als Paradigma, sobald es um die Erwägung der Möglichkeit des Aufkommens von Ausnahmeregimes im heutigen Europa geht. Dieser paradigmatische Status wird nur selten näher betrachtet und entsprechend selten in Frage gestellt.

In den weiteren Teilen dieses Textes nehme ich mir trotzdem genau dies vor. Ohne das mittlerweile dicke Dossier der Studien dieser Regimes erneut eröffnen zu wollen, werde ich mich dabei an die allgemein eingestandenen wichtigen Charakteristiken dieser Regimes halten. Dabei werde ich aufzeigen, dass falls sich die westlichen Demokratien in den folgenden Jahren oder Jahrzehnten in Richtung von staatlichen Ausnahmeregimes verändern sollten, diese auf keinen Fall, nicht einmal annähernd, eine einfache Wiederholung der faschistischen Regimes der 1920 – 1940er Jahre sein werden. Ungeachtet des Weiterbestehens oder des Aufkommens von faschistischen oder neofaschistischen Formationen in Europa², wird die folgende Darlegung – die im Rahmen dieses Aufsatzes nur die Form eines Aufrisses haben kann – aufzeigen, dass die allgemeinen Bedingungen, die zu den faschistischen Regimes geführt haben, sich grundlegend von den Bedingungen unterscheiden, die heute in den westlichen Demokratien vorherrschen. Der Vergleich zwischen den beiden Situationen wird auf drei Ebenen geführt: derjenigen der Klassenverhältnisse, derjenigen der Struktur der Staatsapparate und derjenigen der «kollektiven Mentalität». Anschliessend werde ich versuchen, die Hauptfaktoren zu umreissen, die heute zur Errichtung von Ausnahmeregimes in Europa führen können.

Der Faschismus als politische Zerstörungswaffe im Klassenkampf

Der Faschismus war das Produkt einer sehr spezifischen Konjunktur im Klassenkampf und einer besonderen Klassenkonstellation, die erstens durch das Scheitern des revolutionären Vorstosses des Proletariates in Europa nach dem Ersten Weltkrieg (1917 – 1921- 1923) gekennzeichnet war, das in der Folge in die Defensive gedrängt war; zweitens durch eine Krise der Hegemonie der Bourgeoisie, verbunden mit dem Übergang aus dem «Konkurrenzkapitalismus» in den «Monopolkapitalismus»³ und dem wachsenden Widerspruch zwischen dem Monopolkapital und dem nicht-monopolisierten Kapital; und drittens durch eine relative Autonomisierung und politische Radikalisierung der traditionellen Mittelschichten (kleine und mittlere Bauernschaft, Kleinbürgertum und Kleinkapital), die teilweise mit den beiden obigen Faktoren zusammenhing, vor allem aufgrund der Tatsache, dass sie sich durch die klassischen bürgerlichen Parteien nicht mehr repräsentiert und geschützt fühlten.⁴

² Während in ganz Europa in der Zwischenkriegszeit faschistische Formationen entstanden, haben sich lediglich in Italien und Deutschland faschistische Regimes etabliert. Ein Beweis, dass die ersteren keine ausreichende Bedingung für die zweiten sind.

³ In der klassischen marxistischen Literatur werden unterschiedliche Epochen und Phasen der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unterschieden; diese Periodisierungen können je nach Autorin und Autor verschieden ausfallen. In derjenigen, auf die ich mich hier beziehe, wird die Betonung auf den Grad der Konzentration und Zentralisierung des Kapitals in den wichtigsten industriellen Branchen gelegt. Dabei wird unterstrichen, dass, nachdem eine gewisse Stufe der Konzentration und Zentralisierung überschritten ist - sobald sich Oligopole oder Quasi-Monopole in gewissen Branchen herausbilden - die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten und zwischen den Lohnabhängigen aufhören, die zentralen Regulationsmechanismen in dem Reproduktionsprozess des Kapitals zu sein; sie werden durch Interessengemeinsamkeiten zwischen den grossen Industrie- und Finanzgruppen (den berühmten Kartellen oder Trusts), durch ein weitgehendes Zusammenwachsen von industriellem und finanziellem Kapital, aber auch durch eine zentralisierte Verhandlungsführung (auf der Ebene von Branchen und selbst des Nationalstaates) zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, die deren Integration in den Apparat der grossen Konzerne und sogar in den Staatsapparat voraussetzen und ferner die Durchführung einer nationalen Wirtschaftspolitik durch die Regierungen letztendlich behindert. Geschichtlich fand dieser Übergang vom «Konkurrenzkapitalismus» in den «Monopolkapitalismus» zwischen 1920 und 1930 in den wichtigsten Ländern des Kapitalismus statt – USA, Deutschland, Grossbritannien, Frankreich, usw. Soweit die kapitalistische Konkurrenz nie aufgehört hat zu funktionieren, auch innerhalb der Oligopole, und es streng genommen in den wichtigsten Sektoren der kapitalistischen Wirtschaft noch nie ein Monopol gegeben hat, ist es *cum grano salis* doch angezeigt, von Konkurrenzkapitalismus und Monopolkapitalismus zu sprechen; aus diesem Grunde setze ich die beiden Begriffe in Anführungs- und Schlusszeichen.

⁴ D. Guérin, *Fascisme et grand capital*. Italie-Allemagne, Paris, (1936), Maspero, 1965, Libertalia, 2014 ; N. Poulantzas, *Fascisme et dictature, la III^e Internationale face au fascisme*, Paris, Maspero, 1970.

Im Zusammenhang einer strukturellen Krise (verbunden mit dem Übergang vom «Konkurrenzkapitalismus» in den «Monopolkapitalismus») und der Steigerung der zwischenimperialistischen Spannungen in Europa, haben die faschistischen Regimes in Italien und in Deutschland eine Lösung der Herrschaftskrise der Bourgeoisie geboten, die ihr erlaubte, sowohl die Überreste der organisierten Arbeiterbewegung zu zerschlagen, den festen Block um das Bündnis zwischen den traditionellen Mittelschichten und der Bourgeoisie unter der Hegemonie des monopolistischen Grosskapitals auf neue Grundlagen zu stellen, wobei dessen Vormarsch nichtsdestotrotz weiterhin die sozioökonomischen Position der ersteren weiterhin gefährdet und, ferner, der breiten Bevölkerung einige imaginäre und symbolische, aber mit den militärischen Abenteuern auch reale «Kompensationen» gewährte, zumindest insoweit, als dass diese siegreich waren.

Die Unterschiede zu den aktuellen Verhältnissen in Europa springen sofort ins Auge. Erstens hat die Bourgeoisie, im Moment zumindest, überhaupt keinen Anlass, ein wie auch immer geartetes Ausnahmeregime zu etablieren. Die Arbeiterbewegung wurde domestiziert; sie bleibt gefangen in Konzepten, strategischen, organisatorischen und ideologischen Formen des fordistischen Kompromisses, was im Zusammenhang der Dynamik der aktuellen Krise besonders verhängnisvoll ist. Diese problematische Konfiguration wird nur noch verschärft durch die neoliberale Politik, die die kapitalistische Globalisierung vorantreibt. Die Arbeiterbewegung manövierte sich so in ihren Bankrott lange vor dieser durch den Fall der Berliner Mauer besiegelt wurde.⁵

Schlimmer noch: was von der Arbeiterbewegung nach dem sozialdemokratischen Modell übrig geblieben ist, hat sich schlicht und einfach in ein direktes Vermittlungsorgan der bürgerlichen Politik der Krisenverwaltung verwandelt. So zieht heute die Bourgeoisie die Restrukturierung ihrer vorhergehenden Ausbeutungs- und Herrschaftsweisen direkt oder via die Vermittlung ihrer ernannten Repräsentanten durch, ohne bislang auf einen nennenswerten Widerstand von Seiten des Proletariats zu stossen, das weitgehend orientierungslos und gelähmt ist. Einen Widerstand, der sie daran hindern würde, ihre strategischen Interessen weiterzuverfolgen. So besteht für sie überhaupt keine Notwendigkeit, zur gewalttätigen Zerstörung der Überreste der Arbeiterbewegung zu schreiten und zu diesem Zwecke den Rahmen des Rechtsstaates unnötig zu gefährden.

Zweitens gibt es heute überhaupt keine grössere Krise der bürgerlichen Hegemonie in Europa. Zweifelsohne ergibt sich einerseits eine wachsende Spannung zwischen den Interessen des industriellen und finanziellen Grosskapitals, die auf dem Weltmarkt operieren, und andererseits den Teilen des Kapitals, die weitgehend auf den nationalen Markt angewiesen und damit auch von den nationalen Wirtschaftspolitiken zum Schutz und der Pflege dieser nationalen Märkte abhängig sind. Aus den gleichen Gründen stossen die Interessen des globalisierten Grosskapitals zunehmend mit den Interessen der traditionellen Mittelschichten zusammen, die ebenfalls an den nationalen Markt, ja sogar an den regionalen Markt gebunden sind. In dem Masse sogar, in dem der soziale Block, der die Hegemonie der monopolistischen Grossbourgeoisie sicherte, im Wesentlichen aus dem Bündnis zwischen dieser, dem nicht-monopolistischen Kapital und den traditionellen Mittelschichten bestand (was in Frankreich beispielsweise bis in die 1970er Jahre hinein der Fall war), bedeutete das Auseinanderfallen dieses Bündnisses infolge der kapitalistischen Globalisierung eine Schwächung der Parteien der Rechten und des Zentrums, die traditionellerweise den festen politischen Rahmen dieses Blockes ausmachten.

Allerdings wurde in der Bildung eines neuen hegemonischen Blocks schnell eine Alternative gefunden, der im Wesentlichen auf dem Bündnis zwischen dem sich transnational ausweitenden monopolistischen Grosskapital und der Klasse der oberen und mittleren Kader beruht, die in den Unternehmen, im Staatsapparat und in Organisationen der Zivilgesellschaft arbeiten, für die die sozialdemokratischen Parteien, zum Neoliberalismus konvertiert, die besten Verteidiger und Repräsentanten abgeben. Die Entwicklung der französischen Linken (allen voran der Sozialistischen

⁵ A. Bihr, *Du Grand Soir à l'alternative. La crise du mouvement ouvrier en Europe*, II^e partie, Paris, Éditions ouvrières (Éditions de l'Atelier), 1991.

Partei) gibt dafür ein gutes Beispiel ab; sie hat zu einer Normalisierung des politischen Lebens Frankreichs geführt, welches nun auf eine periodische Abwechslung zwischen linken und rechten Regierungen reduziert ist, sofern sie nicht im Rahmen einer Koalitionsregierung zusammenarbeiten; die Regierungen, ob rechts, links oder Koalition, unterscheiden sich nur mehr in der Art und Weise, wie die Gesellschaft verwaltet werden soll, innerhalb des mittlerweile als unveränderbar geltenden Rahmens, wie er durch die Interessen der hegemonialen Fraktion der herrschenden Klasse, eng gebunden an den Prozess der kapitalistischen Globalisierung, vorgegeben wird.⁶ Die parallele Entwicklung der linken Parteien in Spanien, sogar in Griechenland geht *grosse modo* aus dem gleichen Prozess hervor.

Drittens und als Folge des Vorhergehenden, ist die Autonomie und das Radikalisierungspotential, nach denen die traditionellen Mittelschichten wie auch der Sektoren des Kapitals streben könnten, die nicht den Weg der kapitalistischen Globalisierung beschreiten können oder wollen, sehr begrenzt. Sicherlich hat der Bruch der ehemaligen hegemonialen Allianzen, die Schwächung oder gar das Verschwinden der politischen Formationen, die diese repräsentierten, einen politischen Raum für die Autonomisierung dieser verschiedenen sozialen Kräfte eröffnet. Dies ist der wichtigste soziopolitische Antrieb für das erneute Auftauchen von Kräften der extremen national-populistischen Rechten in verschiedenen europäischen Ländern seit dem Beginn der 1980er Jahre, die jedoch im Allgemeinen kaum eine faschistische Wurzel beanspruchen, obwohl gelegentlich eine solche sichtbar ist. Ein anderer Grund liegt in der politischen und ideologischen Krise der Arbeiterbewegung, die ganze Bereiche der Arbeiterklasse ohne Repräsentation lässt, ohne Organisation noch Mittel zur kollektiven Verteidigung gegen die neoliberale Offensive, die sie in die Prekarität oder in die Arbeitslosigkeit treibt, in den Lohnabbau und in den Verlust der früheren Errungenschaften, in die Armut und ins Elend, in die Verzweiflung oder dann in die Verbitterung.⁷ Selbst wenn die Dynamik der kapitalistischen Globalisierung die Radikalisierung und die Vereinigung dieser Sektoren in einen nationalistischen und populistischen Block begünstigen würde, der sich ihren ökonomischen und sozialen Auswirkungen widersetzen würde, so wäre doch ein neues Bündnis zwischen diesen Sektoren und dem Grosskapital, als der Trägerin der kapitalistischen Globalisierung, unmöglich; und gerade dies macht ja den Faschismus aus. Demzufolge haben die national-populistischen Formationen kaum eine Chance, sich die Staatsmacht anzueignen, und noch weniger, sich dort zu halten, zumindest alleine, ohne einen Bündnispartner aus der traditionellen Rechten, der sie dann stillstellen würde.

Zweifelsohne ist es den faschistischen Bewegungen in den 1920er Jahren in einem analogen Zusammenhang eines zugespitzten Widerspruchs zwischen den verschiedenen Klasseninteressen gelungen, ein solches Bündnis zu schliessen. Aber um die Hindernisse zu überwinden, müsste sich die herrschende Klasse einem doppelten Druck aussetzen: es brauchte eine Krise der Hegemonie, die im Rahmen der Demokratie unlösbar ist und die Notwendigkeit eines staatlichen Ausnahmeregimes, um die Arbeiterbewegung völlig zu zerschlagen. Genau dieser doppelte Druck fehlt heute.

Faschismus als ein Übergangsregime in den Fordismus

Sämtliche politischen Regimes im westeuropäischen Zusammenhang der 1920er -1930er Jahre sahen sich vor die gleiche Aufgabe gestellt, was auch immer ihre Unterschiede hinsichtlich ihrer juristisch-administrativen Form (verfassungsmässig wie auch institutionell) und den zwischen ihnen bestehenden Konflikten – militärischen eingeschlossen – sein mochten: den Übergang vom «Konkurrenzkapitalismus» in den «Monopolkapitalismus» zu bewerkstelligen, und dessen erste strukturelle Krise – die teilweise gerade durch diesen Übergang hervorgerufen wurde – zu lösen. Zu diesem Zwecke mussten grundsätzliche Reformen bezüglich der Funktionen des Staates durchgeführt

⁶ A. Bihl, « Mai-juin 1968 en France : l'épicentre d'une crise d'hégémonie », mis en ligne sur le site A l'Encontre <http://www.alencontre.org/> 28 mai 2008 ; traduction en portugais, *Mediações*, vol.12 n°2 2007 et vol.13 N1-2 2008, Universidade Estadual de Londrina.

⁷ Bezüglich des Front national in Frankreich siehe A. Bihl, *Le spectre de l'extrême droite. Les Français dans le miroir du Front national*, chapitres II et III, Paris, Éditions de l'Atelier, 1998.

werden. Diese zielten darauf ab, durch eine stärkere politische Intervention in die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, die ökonomischen Zyklen zu regulieren (durch die Anwendung eines Cocktails aus Geld-, Budget- und Lohnpolitik), die Verantwortung für eine Reihe von Produktions- und Konsumtionsmitteln (kollektive Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen) zu übernehmen oder zumindest deren Bereitstellung zu kontrollieren, und ferner für eine Art von «Gleichgewicht des Kompromisses» zwischen den sozialen Klassen zu sorgen, vor allem durch die Errichtung von bis anhin unbekanntem Lohnnormen (Indexierung der Reallöhne auf die Produktivitätsgewinne, um einen entsprechenden Massenkonsum zu gewährleisten, durch die Einführung eines Systems von Sozialversicherungen die Lohneinkommen über die Wechselfälle des Lebens (Arbeitslosigkeit, Vaterschaft und Mutterschaft, Krankheit, Unfall, Gebrechlichkeit, Alter usw.) hinaus zu sichern; all dies bedeutet einen Übergang in ein System, wie es heute unter dem Begriff des Fordismus verstanden wird.

All dies zog notwendigerweise eine Umwandlung des Staates mit sich: eine verstärkte Konzentration (eine Stärkung) und Zentralisierung (hinsichtlich seiner internen Organisation) der politischen Macht des Staatsapparates, auf Kosten sowohl der staatlichen Randbereiche (der lokalen politischen Macht) wie auch der Organe der Zivilgesellschaft (ausser derjenigen, die direkt mit den oben erwähnten Aufgaben verbunden sind, wie etwa die Unternehmerverbände und die Gewerkschaften). Es ging also um den Übergang vom «umgrenzten Staat» (liberalen Staat) in den «eingefügten Staat», der zum Verwalter des ganzen Prozesses aufgerückt ist, all dies im Rahmen eines gestärkten Nationalstaates.⁸

Die faschistischen Regimes bilden überhaupt keine Ausnahme von dieser Regel. Man kann beweisen, dass sie ganz wie ihre damaligen Rivalen, die zeitgenössischen demokratischen Staaten, sich mit je spezifischen Vorgehensweisen verschiedener alter politischer Aufgaben entledigt haben. Im Nachhinein betrachtet bestand ihre historische Funktion darin, dies unter den Bedingungen ihrer nationalen Gegebenheiten zu tun (Deutschland und Italien), was unter den Bedingungen ihrer Eingliederung in das europäische Staatensystem, als auch angesichts ihrer internen Kräfteverhältnissen im Klassenkonflikt nicht mit demokratischen Formen hätte erreicht werden können.

Dies ist der im Allgemeinen am meisten verkannte, da am wenigsten offiziell geäußerte, Aspekt der Regimes, die übrigens viele Glanzleistungen hervorgebracht haben. In diesem Sinne haben sich sogar die offensichtlich irrationalsten Aspekte dieser Ausnahmeregimes letztendlich als funktional erwiesen. Ihre Staatsverehrung diente nicht weniger dem Übergang in staatliche Formen der Regulation des «Monopolkapitalismus» als es das Ideal des Wohlfahrtsstaates in der gleichen Zeitspanne in den angelsächsischen Ländern vollbrachte. Was ihren übersteuerten Nationalismus betraf, so war er ein in allen kapitalistischen Ländern übliche Begleiterscheinung des Protektionismus, als Vorbote einer sich über Jahrzehnte erstreckenden Periode der autozentrierten Entwicklung der zentralen kapitalistischen Staaten.⁹

Wenn die langfristige historische Funktion der faschistischen Regimes im Rückblick sich so darstellt, so lässt sich auch der Abstand ermessen, der zwischen der sozio-institutionellen Situation zur Zeit als diese Regimes aufkamen und derjenigen besteht, der sich der Kapitalismus heute in Europa und anderswo gegenüber sieht. Das Problem, dem dieser heute gegenüber steht, ist einesteils genau entgegengesetzt demjenigen, wie es sich in der Zwischenkriegszeit stellte. Während es damals um den Übergang von einem wirtschaftsliberalen Staat in einen interventionistischen Staat ging, handelt es sich heute demgegenüber um ein relatives Herauslösen des Staates aus seinen Aufgaben der wirtschaftlichen und sozialen Regulierung, zumindest im nationalen Rahmen, um die deregulierten

⁸ Zu den Konzepten des *umgrenzten Staates* und des *eingefügten Staates*: R. Delorme et C. André, *L'État et l'économie*. Un essai d'explication de l'évolution des dépenses publiques en France, Paris, Le Seuil, 1983.

⁹ Um jedes Missverständnis oder jede böswillige Interpretation zu vermeiden, möchte ich festhalten, dass diese Feststellung einer funktionellen Ähnlichkeit zwischen den faschistischen Staaten und den demokratischen Staaten anlässlich des Überganges vom «Konkurrenzkapitalismus» zum «Monopolkapitalismus» nicht darauf hinausläuft, eine Identität oder gar eine Gleichwertigkeit zwischen beiden zu behaupten.

Marktmechanismen so frei – das heisst brutal - wie möglich agieren zu lassen, das heisst sie aller in der vorhergehenden Periode durch die Nationalstaaten errichteten Grenzen und Regulierungen zu entledigen. Dies ist der Grund für die Wiederkehr des Wirtschaftsliberalismus nach einigen Jahrzehnten seines Rückzuges.

Während die in den 1930er Jahren vorgenommenen institutionellen Reformen des nationalen Staatsapparates in eine verstärkte Konzentration und Zentralisierung der Macht innerhalb dieses Apparates mündeten, so geht es heute um ihre Aufteilung zwischen den supra-nationalen (der Europäischen Union), nationalen und infra-nationalen (der Regionen und der grossen Metropolen) Gebilden, wobei sich die Schwächung der nationalen Institutionen als Stärkung der supra-nationalen und der infra-nationalen Institutionen auswirkt, in die sich das, was von den politischen Regulierungen weiterbesteht, verlagert, um die sozio-ökonomische Praxis noch stärker den Anforderungen der Reproduktion des Kapitals unterzuordnen.¹⁰ In einem solchen Kontext ist die nationalistische Referenz umso weniger zutreffend, als dass ein immer grösseres Auseinanderdriften zwischen dem nationalen Raum und dem Raum staatlicher Souveränität stattfindet, seinem Handlungsfeld und dem Raum, wo er sich seine Legitimation beschafft.

Kurz zusammengefasst, die institutionellen Herausforderungen im Sinne eines Umbaus des Staatsapparates im Rahmen der heutigen Krise in Europa stehen genau am anderen Ende der Herausforderungen, die in den 1920er – 1930er Jahren zur Errichtung von faschistischen Regimes geführt haben. In diesem Sinne scheint eine einfache und identische Wiederholung des Faschismus problematisch, um nicht zu sagen unmöglich.

Psycho-politische Basis des Faschismus

Die heutige Situation scheint sich gerade in Hinsicht der psycho-politischen Bedingungen am wenigsten von der derjenigen zu unterscheiden, die in der Zwischenkriegszeit eine Grundlage für die faschistischen Bewegungen und Regimes abgaben. In den 1920er und 1930er Jahren gab es, wie heute, so etwas was ich symbolische Krise oder Sinnkrise nenne, wo entsprechende Bedingungen verankert sind. Ich verstehe unter symbolischer Krise die chronische Unfähigkeit des Kapitalismus, einen stabilen und kohärenten symbolischen Bezugsrahmen aufzubauen und aufrechtzuerhalten: Ideen, Ideale, Normen und Werte, der den Individuen erlauben würde, ihrer Existenz einen Sinn zu verschaffen, indem er ihnen ermöglicht, sich zu identifizieren, miteinander zu verkehren und an der Produktion der Welt teilzunehmen und sich dabei zu verwirklichen. Gleichzeitig jedoch liess die sich verschärfende Dynamik der Krise einen neuen Typus der Individualität entstehen, die, wenn sie denn auch eine politische Mobilisierung nach faschistischem Muster nicht absolut verunmöglicht, so einer solchen doch erhebliche Hindernisse entgegenstellen würde.

In den 1920er und 1930er Jahren sind die sichtbarsten Anzeichen der symbolischen Krise, wie der Misskredit und die Erschütterung einiger autoritärer Institutionen (patriarchale Familie, korporative Strukturen, Armee, Kirche) an den Tag getreten, die auf eine widersprüchliche Art und Weise seit der Frühzeit der Moderne als Rahmen und Stütze für die Entwicklung der individuellen Autonomie gedient haben. Die berühmte Untersuchung unter der Leitung von Adorno über die «autoritäre Persönlichkeit», als der psychopolitischen Basis des Faschismus hat die Verbindung zwischen dieser und der Zerstörung dieser traditionellen Autoritäten aufgezeigt.¹¹ Die «Furcht vor der Freiheit» (Fromm¹²) und der Hang zur freiwilligen Unterwerfung, auf die sich die faschistische Massenmobilisierung weitgehend abstützte (Reich¹³), nährten sich insbesondere aus der Angst der Verlassenheit, die in der Erschütterung dieser autoritären Strukturen wurzelte.

Mittlerweile wurden durch die Vertiefung dieser symbolischen Krise diese Ängste nur noch verstärkt. Während aber diese Prozesse sicherlich in einem gewissen Sinne die Bedingungen für eine

¹⁰ Cf. A. Bühr, « De l'État « inséré » à l'État « démultiplié » », *Le crépuscule des Etats-nations*, Lausanne, Page 2, 2000.

¹¹ Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1973.

¹² Ernst Fromm: Die Furcht vor der Freiheit. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M. 1977.

¹³ Wilhelm Reich: Die Massenpsychologie des Faschismus. Fischer, Frankfurt a. M. 1974.

rechtsextreme Mentalität schaffen – vor allem weil sie ein Ressentiment befeuern, das ja dessen Kern ausmacht¹⁴ - so erzeugen sie gleichzeitig doch solide Gegenteilstendenzen.

So wird die aktuelle Krise der Symbole von einem Misstrauen gegenüber den Gründungsfetischen der Moderne begleitet, insbesondere gegenüber demjenigen des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes und demjenigen der Nation; dies wiederum erzeugt das Misstrauen gegenüber den «grossen Erzählungen» aus der Philosophie und der Politik, was die parteimässige Mobilisierung erschwert, gerade in der totalitären Form des Faschismus. Diesem «Niedergang der Idole» der Moderne entgeht offenbar nur die Individualität, zum Preis allerdings einer Radikalisierung und einer Veränderung ihrer konstitutiven Fähigkeiten, was seinerseits daraus ein zusätzliches Hindernis für eine Neuerstehung des Faschismus macht. Die Vertiefung der Krise der Symbole trägt vielmehr zur Bildung einer selbst-referentiellen Individualität bei: all dies geschieht auf eine Art und Weise, als ob das zeitgenössische Individuum, nicht mehr wissend an welches Idol es sich verschenken soll, sich zu seinem eigenen Idol wandeln würde und sich aus diesem Grunde zum höchsten Wert aufschwingt, zum Mass aller Dinge wird, keine anderen Werte anerkennend als denn die hedonistische Selbsterfüllung und deshalb kaum mehr bereit ist, sich einer kollektiven Disziplin zu unterwerfen und noch weniger einer Selbstaufopferung, und diesem Sinne oft antiautoritär ist.¹⁵ Dieser «liberal-libertäre» Individualismus, narzistisch und spielerisch wie er ist, reines Produkt der zeitgenössischen Sozialisierung, die durch die symbolische Krise geprägt ist, scheint sich wohl in einem gewissen Sinne an einem gegenüberliegenden Pol zum autoritären Charakter zu befinden, dem die faschistische Mobilisierung ja entgegenkam.

Sicherlich besitzt diese selbst-referentielle Individualität eine Vielzahl von Schwachstellen. Nur mal schon ein Defizit von Kohärenz in der Persönlichkeit und dann ein intensives Sicherheitsbedürfnis, die sie keinesfalls vor autoritären Anwendungen bewahren, ganz im Gegenteil; dies vor allem, wenn die äusseren Bedrohungen, seien diese nun real oder eingebildet, zunehmen. Zumindest aber lässt sich diese selbst-referentielle Individualität dadurch weniger schnell einnehmen, da dies ihr psychologisch teuer zu stehen käme.

Faschismus heute nicht auf der Tagesordnung

Die vorhergehenden Analysen scheinen genügend Argumente für die These zu liefern, dass die Bedingungen für eine Faschisierung der Staatsmacht in Europa vorläufig nicht gegeben sind. Vielmehr macht die spezifische Natur der strukturellen Krise, in der sich der Kapitalismus momentan befindet, mittelfristig die Herausbildung entsprechender Voraussetzung sehr unwahrscheinlich und demnach auch eine Neuauflage des faschistischen Szenarios. Es liegt geradezu in der Natur der Geschichte, dass sie sich nicht wiederholt.

Der Faschismus ist jedoch bei weitem nicht das einzige staatliche Ausnahmeregime zu dem der Kapitalismus in der Krise und eine herrschende Klasse, die sich in ihren elementaren Interessen bedroht sieht, die in ihren Bemühungen der Neuausrichtung der Ausbeutungs- und Herrschaftsbeziehungen blockiert wird, greifen können. Die vielen Militärdiktaturen und bonapartistischen Erfahrungen der neueren Geschichte sind eindrückliche Illustration dafür.

Wenn die europäischen Bourgeoisien trotz der Dauer und der Tiefe der gegenwärtigen Krise vorläufig ohne ein solches Regime auskommen, so ist dies auf die Tatsache zurückzuführen, dass sie im wesentlichen ihr Projekt einer neoliberalen Politik der Krisenverwaltung ungehindert durchziehen konnten. Versuchen wir dessen ungeachtet festzuhalten, welche Faktoren sie dazu bringen könnten, nach Mitteln der Durchsetzung einer autoritären Verhärtung ihrer Herrschaft zu suchen.

¹⁴ Was den Front National in Frankreich angeht, siehe A. Bühr, *Le spectre de l'extrême droite*, chapitre V, op. cit. ; E. Lecoq, *Un néo-populisme à la française. Trente ans de Front national*, Paris, La Découverte, 2003.

¹⁵ Siehe nebst anderen: R. Sennet, *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*. Fischer, Frankfurt a. M. 1977 ; Christopher Lasch, *The Culture of Narcissism: American Life in an Age of Diminishing Expectations*, New York, 1979; G. Mendel, *54 millions d'individus sans appartenance*, Paris, Robert Laffont, 1983 ; Olivier Rey, *Une folle solitude. Le fantasme de l'homme auto-construit*, Paris, Le Seuil, 2006.

Mit der kapitalistischen Globalisierung hat sich das Gravitationszentrum der Sorgen der hegemonialen Segmente der Bourgeoisie zweifelsohne vom nationalen Raum auf die globale Ebene verschoben. Mithin muss sie in Zukunft auch auf dieser Ebene den Herausforderungen und den Problemen begegnen, die ihre Herrschaft bedrohen könnten. Darunter verweisen einige auf die Möglichkeiten der Destabilisierung der weltweiten kapitalistischen Ordnung und der Ordnung innerhalb einzelner Staaten Europas, die, sollten sie wirklich aktuell werden, die herrschende Klasse durchaus versuchen liesse, staatliche Ausnahmeregimes zu errichten. Die unten angeführte Aufzählung erhebt keinesfalls den Anspruch der Vollständigkeit und diese verschiedenen Faktoren können sich untereinander kombinieren.

Im Falle einer Verschärfung der aktuellen strukturellen Krise (eine Verschlimmerung der Widersprüche der Reproduktion des Kapitals, sei dies wegen der Überproduktion von Kapital in all seinen Formen) wäre eine weitere Verhärtung der Ausbeutungsbedingungen und der Herrschaftsmethoden als Ausdruck der noch radikaleren Umsetzung neoliberaler Politik in den zentralen Formationen des Kapitalismus notwendig. Dies würde unausweichlich in einen noch stärkeren Druck auf das Proletariat und auf die breite Bevölkerung führen, als dies eh schon der Fall ist. Die Gefährdung der materiellen, institutionellen und kulturellen Errungenschaften früherer Kämpfe, im Wesentlichen aus der fordistischen Periode, die, je nach Nationalstaat und je nach den betroffenen Segmenten ihrer Bevölkerung, könnte dann eine noch radikalere Wendung nehmen, die mit den demokratischen Formen der bürgerlichen Herrschaft nicht mehr durchsetzbar wäre.

Im Kontext einer vertieften Krise des Kapitalismus könnte ein etwaiges erneutes Aufleben der Kampfkraft des Proletariats auf der Grundlage einer tendenziellen Vereinheitlichung der Ausbeutungsbedingungen und der bürgerlichen Herrschaftsformen im Weltmassstab und demzufolge einer Bildung eines offensiven Proletariates auf dieser Ebene, die Bourgeoisie in die Defensive drängen. Dadurch würde die Fortführung ihrer Politik gefährdet, und sie müsste notwendigerweise versuchen, als Reaktion ihre Herrschaftsmethoden zu verhärten. Diese interne Bedrohung würde ohne Zweifel dazu beitragen, die besitzenden Klassen (Bourgeoisie und traditionelle Mittelschichten) in einem reaktionären und konterrevolutionären Block zusammenzuführen.

Die Dynamik der kapitalistischen Globalisierung wie auch die Verschärfung der strukturellen Krise, die jene unterminiert, können mittelfristig ebenso gut in eine Aufteilung des globalen Raumes (des Weltmarktes und des globalen Staatensystems) in verschiedene sich rivalisierende Pole führen (Europa, Nordamerika, Südamerika, China, Südostasien, usw.) – eine aktualisierte Version der innerimperialistische Widersprüche.

Die Verschärfung der ökonomischen Konkurrenz zwischen diesen Polen kann bis zum Risiko einer militärischen Konfrontation oder bis zu einer wirklichen solchen führen. Von daher wird der Rückgriff auf eine autoritäre Politik im Inneren jeder dieser Pole und der Mobilisierung der Staatsgewalt gegen aussen notwendig. Der Rückgriff auf autoritäre Methoden kann insbesondere in denjenigen Polen unumgänglich werden, die sich angesichts der sich verschärfenden ökonomischen, politischen und militärischen Rivalität in einer ungünstigen Situation befinden – hier, hypothetisch, die Europäische Union. Alles in allem ein Szenario, wie es sich George Orwell in 1984 ausmalte.

Eine Destabilisierung grossen Ausmasses der europahanen Peripherie (Nordafrika, Naher Osten, Osteuropa) mit ihren «unmittelbaren Gefahren» an den Grenzen (beispielsweise durch einen Massenansturm von Flüchtlingen oder von Bürgerkriegen) könnte eine ähnliche Art von Auswirkungen zeitigen. Mittlerweile gibt es mehrere Entwicklungen, die in diese Richtung zeigen, als Auswirkung der «arabischen Revolutionen», dem Vordringen des Islamismus entlang des Bogens, der von der Sahelzone bis nach Zentralasien reicht, die Verelendung, in die ein grosser Teil der Bevölkerung Afrikas gedrängt wird. Auch da könnten die europäischen Bourgeoisien ihr Heil in nationalistischen (oder «europäischen» oder «westlichen») und kriegerischen Mobilisierungen ihrer Bevölkerungen suchen, die sich um staatliche Ausnahmeregimes sammeln und durch das Heil, das sie ihnen angeblich sichern sollen, gerade ihren Ausnahmestatus zu rechtfertigen suchen.

Ferner ist offensichtlich, dass die Verschärfung der ökologischen Krise, die ganze Gebiete unbewohnbar macht, indem sie Genozide, Massenwanderungen, Wasserknappheit vorantreibt, das Ackerland, Rohstoffe und Energiequellen verknappt und dabei den Konkurrenzkampf um diese Ressourcen anheizt, geeignet ist, die oben erwähnten Faktoren zu verstärken und dabei die Bevölkerungen obendrauf geneigt macht, solche Ausnahmeregimes, als eine Art Heilsweg aus dem ganzen Schlamassel, zu unterstützen. Ein Szenario, das oft unter dem Titel «Ökofaschismus» diskutiert wird.¹⁶

Staatliche Ausnahmezustände und staatliche Ausnahmeregimes

Im Folgenden sollten wir eigentlich noch auf die Frage eingehen, welche Formen staatliche Ausnahmeregimes (institutionell und ideologisch) annehmen können. Diese sind sicher sehr verschieden und veränderlich, je nach der Wichtigkeit der einzelnen Faktoren, die solche jeweils hervorrufen, aber auch nach deren relativen Position im Rahmen des globalen Imperialismus zum Zeitpunkt von deren Hervorbringung. Der Umfang dieses Artikels erlaubt aber keine eingehende Beantwortung dieser Frage.

Ich möchte nur mal gewisse deutliche Veränderungen der Regierungssysteme im Verlaufe der vergangenen Jahrzehnte hervorheben, die sich in den wichtigen Staaten des globalen Kapitalismus aufgrund der obenerwähnten zunehmenden Destabilisierung abgespielt haben. Faktoren, die jeweils zu einer Häufung von Ausnahmezuständen führen, im Sinne von Regierungsmassnahmen, von Reglementierungen und der Einführung von Gesetzen, die eigentlich dem Prinzip des Rechtsstaates widersprechen, ohne damit jedoch bereits ein staatliches Ausnahmeregime auszumachen, die aber doch zu einem solchen führen könnten. Ich möchte zum Schluss dafür zwei Beispiele geben:

Erstens hat die Zunahme von Anschlägen durch wirkliche oder vermeintliche dschihadistische Gruppen in grossen westlichen Städten (New York im September 2001, Madrid im März 2004, London im Juli 2005, Paris im Januar 2015) in den betroffenen Ländern zu Massnahmen geführt, die die individuelle und kollektive Freiheit einschränken oder bedrohen. So wurde in den USA die berüchtigte Patriotic Act erlassen und in Frankreich kommt es zu immer weiteren Verschärfungen der Antiterror-Gesetze. Wenn im ersten Fall daraus Praktiken erwachsen, die die juristischen und moralischen Anforderungen an einen Rechtsstaat untergraben, so im zweiten eine Angewöhnung der Bevölkerung an einen permanenten Kriegszustand aufgrund des Planes Vigipirate.

Zweitens möchte ich die Behandlung Griechenlands im Rahmen der sogenannten Schuldenkrise erwähnen. Die Reihe von Memoranden, die Griechenland durch die Troika aufgezwungen wurde, hat dort nicht nur eine veritable soziale und ökonomische Katastrophe verursacht.¹⁷ Damit wurde auch die repräsentative Demokratie jeglicher Substanz zu entledigt, indem das nationale griechische Parlament nur mehr die Entscheide der Troika entgegennehmen muss, um sie dann umzusetzen, obwohl sie – wie es bereits einige Male zutraf - den Geist und den Buchstaben der griechischen Verfassung verletzen. Diese Dynamik hat sich seit den Wahlen vom Januar 2015 nur noch verschärft, als ein eine linke Regierung an die Macht gewählt wurde. Griechenland wurde dabei zu einem wahren Labor, in dem verschiedene Formen von Ausnahmezuständen durchexerziert werden, die im Bedarfsfalle auch auf andere Staaten in Europa ausgedehnt werden können. (Dieser Artikel wurde im Februar 2015 für das Magazin [Réfractions](#) geschrieben.)

Quelle: alencontre.org vom 20. Oktober 2015. Übersetzung mit Zwischentiteln und einigen leichten Änderungen: Redaktion maulwuerfe.ch

¹⁶ Für eine kritische Analyse des Ökofaschismus siehe M. Bookchin, Re-enchanting humanity: a defense of the human spirit against antihumanism, misanthropy, mysticism, and primitivism, London & New York, Cassell, 1995.

¹⁷ Noëlle Burgi (dir.), La Grande Régression. La Grèce et l'avenir de l'Europe, Lormond, Le Bord de l'Eau éditions, 2014.